

Mehrheit ist für die Einführung einer Vermögensabgabe für Reiche Bevölkerung fühlt sich stark durch Corona belastet und eingeschränkt

18. MAI 2020 UM 17:49 UHR | Lesedauer: 3 Minuten



Nahezu jeder Deutsche ist von der Pandemie in gewisser Weise betroffen (Symbolbild). Foto: dpa/Stefan Sauer

FREIBURG. Ein Wissenschaftlerteam der Universitäten Freiburg und Stuttgart und der LMU München hat im Zeitraum vom 7. bis zum 17. Mai über 7800 Personen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen in der Corona-Pandemie online befragt, dazu gehörten auch Leser dieser Zeitung.

Die ersten Ergebnisse sind für die Wissenschaftler Uwe Wagschal und Sebastian Jäckle (beide Universität Freiburg), Eva-Maria Trüdinger (LMU München) und Achim Hildebrandt (Universität Stuttgart) wenig überraschend: Nahezu jeder Deutsche ist von der Pandemie in gewisser Weise betroffen. Nur fünf Prozent der Befragten sehen sich durch die Einschränkungen und Maßnahmen nicht beeinflusst. Dagegen fühlt sich jeder dritte Befragte stark oder sogar sehr stark belastet. Insgesamt fühlen sich Frauen durch die Krise stärker belastet als Männer. Junge und alte Menschen fühlen sich durch die Pandemie aber weniger belastet als Personen zwischen 30 und 60 Jahren.

Jedoch fällt die gefühlte Belastung in einzelnen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich aus. Besonders stark belastet fühlen sich die Befragten in den Regionen Chemnitz, Gießen, aber auch in Mittelfranken, Sachsen-Anhalt und der Region Dresden. Im Vergleich zu den offiziellen Fallzahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) zeigt sich kein sonderlich starker Zusammenhang zwischen den Infiziertenzahlen und der gefühlten Belastung. In den am stärksten betroffenen Gebieten in Bayern und Baden-Württemberg fühlen sich die Befragten eher weniger stark belastet.

Angst vor Beeinträchtigungen

Neben der gefühlten Belastung gibt es auch Angst vor Beeinträchtigungen. Am stärksten ist die Furcht vor eigener Krankheit oder der Erkrankung von nahestehenden Personen: Für knapp 40 Prozent der Befragten ist dies die größte Sorge. Große Angst haben die Befragten auch vor einem Einbruch der Wirtschaft sowie vor der Einschränkung ihrer Lebensgewohnheiten. Deutlich weniger Angst haben sie dagegen vor Vereinsamung und eigener Arbeitslosigkeit.

Insgesamt gibt es jedoch ein hohes Vertrauen in die Gesundheitsmaßnahmen des Bundes und der Länder. Mehr als 60 Prozent der Befragten halten diese für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen. Deutlich skeptischer sind die Teilnehmer hinsichtlich der Frage, ob mit den Maßnahmen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abgemildert werden können. Hier sind nur knapp 35 Prozent der Befragten von den Regierungsmaßnahmen überzeugt.

Eine Mehrheit der Befragten hat eine klare Vorstellung davon, wer für die Kosten der Pandemie aufkommen soll. 51 Prozent der Befragten halten eine Vermögensabgabe für Reiche für sehr sinnvoll, weitere 30 Prozent halten sie für teilweise sinnvoll. Dagegen halten nur knapp drei Prozent generelle Steuererhöhungen für sehr sinnvoll und 29 Prozent für teilweise sinnvoll. Auch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags für alle findet nur wenig Anklang. Gerade einmal rund 15 Prozent der Befragten erachten diese Option für sehr sinnvoll.

Maßnahmen nicht zu streng

Insgesamt hält eine deutliche Mehrheit der Befragten die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus nicht für übertrieben (59,9 Prozent). Unterschiede zeigen sich aber zwischen den Anhängern der Parteien. Mehr als die Hälfte der FDP-Anhänger und fast drei Viertel der AfD-Anhänger halten die Maßnahmen für übertrieben, bei Anhängern von CDU/CSU, Grünen und SPD sind es knapp 15 Prozent. Auch die Anhänger anderer Parteien finden die Maßnahmen eher übertrieben, darunter viele Anhänger der neuen Gruppierung „Widerstand 2020“.

Aktuelle Demonstrationen gegen die Coronavirus-Maßnahmen könnten auch auf ein schwindendes Medienvertrauen hindeuten. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. In Bezug auf die Corona-Berichterstattung vertrauen die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der Grünen stark offiziellen Webseiten sowie den etablierten, öffentlich-rechtlichen Medien und Zeitungen. Die Anhänger der Linken und insbesondere der FDP weisen hier durchweg ein geringeres Vertrauen auf. AfD-Anhänger und die Anhänger anderer Parteien, darunter auch Befragte, die als Wahlpräferenz „Widerstand 2020“ angegeben haben, weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten sämtliche Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig. Die Informationsquellen, denen sie am ehesten vertrauen – Internet-Blogs und Youtube sowie Soziale Netzwerke – sind es, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt.

(red)